

Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie  
Hauptstelle Hildesheim, Postfach 100844, 31108 Hildesheim



**Niedersächsisches Landesamt  
für Soziales, Jugend und Familie**

- Landesjugendamt -

**Gegen Empfangsbekanntnis**

Bearbeitet von

**Herr Leipert**

E-Mail

**Robert.Laipert@ls.niedersachsen.de**

Telefax

**05121/304-661**

Heinrichs und Paul GbR  
Dieker Str. 15  
28870 Ottersberg

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)

Durchwahl 05121/304-

Hildesheim

2JH3.11-51411 361 000  
853

259

17.07.2020

**Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung**

Aufgrund Ihres Antrages vom 10.06.2020 wird Ihnen hiermit nach § 45 Sozialgesetzbuch Aches Buch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) (in Verbindung mit § 48 a SGB VIII) die Erlaubnis für den Betrieb der Jugendhilfeeinrichtung Jugendhilfeeinrichtung

**A-pro-part Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung  
Dieker Straße 15  
28870 Ottersberg**

für insgesamt **09 Plätze** erteilt.

Diese Erlaubnis umfasst:  
für den Leistungsbereich:

**Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung Ottersberg**

**09 Plätze**

Dieker Straße 15  
28870 Ottersberg

Auf Grundlage des Leistungsangebotes vom 08.06.2020

Die Belegung der einzelnen Leistungsbereiche darf die jeweils vorgegebene Platzkapazität nicht überschreiten.

**Diese Erlaubnis wird gemäß § 45 Abs. 4 SGB VIII mit folgenden Nebenbestimmungen versehen:**

**Dienstgebäude**  
Domhof 1  
3113f4 Hildesheim

**Parkplatz**  
Am  
Dienstgebäude

**Besuchszeiten**  
Mo - Fr. 9 - 12 Uhr  
und nach Vereinbarung

**Telefon** (05121)304-0  
Telefax  
(05121)304-611

**Überweisung an LS - Außenstelle Hannover**  
Konto-Nr. 1 900 152 517 Nordd. Landesbank Hannover  
(BLZ 250 500 00)

**Es werden folgende (auflösende) Bedingungen im Sinne des § 32 Abs. 2 Ziff. 2 SGB X erteilt:**

1. Die Betriebserlaubnis erlischt, wenn der Standort der Einrichtung aufgegeben wird.
2. Die Betriebserlaubnis erlischt, wenn sich die Trägerschaft oder deren Rechtsform ändert.
3. Die Betriebserlaubnis erlischt, wenn der Einrichtungsbetrieb insgesamt und endgültig geschlossen wird.

**Mit der Erlaubnis zum Betrieb der Einrichtung werden im Sinne des § 32 Abs. 2 Ziff. 4 SGB X folgende Auflagen erteilt:**

1. Vor einer fachlich-methodischen bzw. strukturellen Veränderung in einzelnen Leistungsbereichen ist das Landesjugendamt zu informieren.
2. Der Träger hat wirtschaftliche Schwierigkeiten unverzüglich anzuzeigen. Diese gelten als vorhanden, wenn ein Träger nicht mehr in der Lage ist, den Einrichtungsbetrieb durch liquide Reservemittel, Bankbürgschaft oder auf andere Weise mindestens zwei Monate aufrechtzuerhalten.
3. Vor der Verlegung von Räumlichkeiten und/oder von Standorten der einzelnen Leistungsbereiche sowie vor einer Schließung einzelner Leistungsbereiche ist das Landesjugendamt zu informieren.

Die Erlaubnis vom 22.06.2017 wird mit Bestandskraft dieses Bescheides aufgehoben.

**Begründung:**

Die Zuständigkeit des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie – Landesjugendamt – ist gem. §§ 85 Abs. 2 Ziff. 6 und 87 a Abs. 2 SGB VIII sachlich und örtlich gegeben.

Nach den vorgelegten Unterlagen, der Personalbesetzung, dem Ergebnis der örtlichen Besichtigung, sowie der baulichen Gestaltung und Ausstattung der Einrichtung liegen die Voraussetzungen für die beantragte Betriebserlaubnis vor.

Trägerschaft und Räumlichkeiten sind wesentliche Grundlagen der Einrichtung. Veränderungen führen daher stets zum Erlöschen der Betriebserlaubnis.

Das Leistungsangebot ist Grundlage für die Betriebserlaubnis. Veränderungen können den Bestand dieser Betriebserlaubnis beeinflussen und sind daher mit dem Landesjugendamt abzustimmen.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten können sich auf die Qualität und Kontinuität der Betreuung negativ auswirken und den Bestand der Betriebserlaubnis beeinflussen.

Mit dem Zeitpunkt der Einstellung des Einrichtungsbetriebes wird die Erlaubnis unwirksam.

Weitere Auflagen können gemäß § 45 Abs. 4 Satz 2 oder Abs. 6 Satz 3 SGB VIII erteilt werden, um das Wohl der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen oder Gefährdungen abzuwenden.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Stade, Am Sande 40, 21682 Stade schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder in Form eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe der Niedersächsischen Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in der Justiz vom 21. Oktober 2011 (Nds. GVB. S. 367) erhoben werden.

## Allgemeine Hinweise:

1. Die Erlaubnis verpflichtet den Träger zur Einhaltung der „Hinweise für die Erteilung der Betriebserlaubnis von Einrichtungen und sonstigen betreuten Wohnformen nach §§ 45 ff SGB VIII durch das Landesamt“. Er trägt die Gesamtverantwortung für alle Teile der Einrichtung, einschließlich der fachlichen und persönlichen Eignung des Personals.
2. Der Inhalt der Betriebserlaubnis sollte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie ggf. den Vertrags- bzw. Kooperationspartnern zur Kenntnis gegeben werden.
3. Sofern kein Arbeitsverhältnis eingegangen wird, sind die Verträge bzw. Vertragsänderungen in Bezug auf Art und Inhalt der Tätigkeit in den sonstig betreuten Wohnformen dem *Landesjugendamt vorzulegen*.
4. Es ist sicherzustellen, dass die im Rahmen der Sonstigen betreuten Wohnformen genutzten Wohnungen von den Beauftragten des Landesjugendamtes betreten werden können.
5. Zur Verhütung von Unfällen und zur Gewährleistung des vorbeugenden Brandschutzes ist die laufende Überwachung der Einrichtung und des dazu gehörenden Freigeländes durch den Träger sicherzustellen. Sämtliche Schlafräume, Kinderzimmer und Flure einer Wohnung, über die Rettungswege von Aufenthaltsräumen führen, müssen zwingend mit Rauchmeldern ausgerüstet werden (§ 44 Abs. 5 NBauO).
6. Der Träger hat die Meldepflichten gem. § 47 SGB VIII zu erfüllen. Hierzu gehört der Zeitpunkt der Betriebsaufnahme sowie der beabsichtigten Schließung ebenso wie eine Meldung bei Personalveränderungen.  
Ferner sind Ereignisse oder Entwicklungen unverzüglich zu melden, die geeignet sind, das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu beeinträchtigen. Dies gilt auch, wenn noch kein Schaden eingetreten ist. Ein Merkblatt und entsprechende Formulare finden Sie unter [www.soziales.niedersachsen.de](http://www.soziales.niedersachsen.de).
7. Die Daten der zum 31.12. eines jeden Jahres durchgeführten Stichtagserhebung gem. § 47 Nr. 1 i.V.m. Satz 2, letzter Halbsatz, SGB VIII sind dem Landesjugendamt bis zum 01.02. des darauf folgenden Jahres online mitzuteilen.
8. § 1631 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist zu beachten. Danach haben Kinder ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.
9. Der Einsatz von freiheitsentziehenden Maßnahmen ist entsprechend des § 1631b Abs. 2 BGB nur mit richterlicher Genehmigung zulässig.
10. *§ 8a Abs. 4 SGB VIII erfordert zwingend eine Vereinbarung des zuständigen Jugendamtes mit dem Einrichtungsträger über den Inhalt des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung. Der Träger sollte einen entsprechenden Kontakt mit dem Jugendamt herstellen.*
11. *Es ist sicher zu stellen, dass der Träger nur Personen beschäftigt, die die Anforderungen der §§ 72, 72 a SGB VIII erfüllen. Hierzu muss bei Einstellung und danach in regelmäßigen Abständen ein Führungszeugnis nach §§ 30 Abs. 5 und 30 a Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz vorgelegt werden. Das gilt auch für neben- und ehrenamtlich tätige Personen, § 72a Abs. 4 SGB VIII. Das zuständige Jugendamt vereinbart mit dem Einrichtungsträger alles Nähere. Sofern Träger und Heimleitung eine Person ist, hat diese dem Landesjugendamt in regelmäßigen Abständen ein entsprechendes erweitertes Führungszeugnis vorzulegen.*
12. Bei Betreuung pflegebedürftiger oder behinderter volljähriger Menschen in der Einrichtung sind die Vorschriften des Heimgesetzes zu beachten und Einvernehmen mit der zuständigen Heimaufsichtsbehörde herzustellen.
13. Der Träger ist als Empfänger von Sozialdaten zur Einhaltung der Datenschutzvorschriften (vgl. § 78 SGB X i.V.m § 35 SGB I sowie die DSGVO) verpflichtet, § 78 SGB X. Er sollte sicherstellen, dass in seiner Einrichtung technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz der Sozialdaten getroffen werden, die sich in Akten, sonstigen Unterlagen oder im Rahmen der elektronischen Datenverarbeitung bei ihm befinden.  
Für den Umgang mit Führungszeugnissen ist § 72a Abs. 5 SGB VIII zu beachten.
14. Bei Entwicklung und Anwendung fachlicher Handlungsleitlinien zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz vor Gewalt sowie zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und zu Beschwerdeverfahren besteht gemäß § 8b Abs. 2 SGB VIII ein Anspruch auf Beratung durch den überörtlichen Träger der Jugendhilfe.
15. Das Masernschutzgesetz ist zu beachten. Nachweise sind dem Landesjugendamt jedoch nur auf Anfrage vorzulegen. Die für die Umsetzung des Gesetzes zuständigen Behörden sind die

örtlichen medizinischen Fachdienste. Etwaige diesbezügliche Maßnahmen dieser Behörden sind dem Landesjugendamt jedoch als besonderes Vorkommnis nach § 47 Nr. 2 SGB VIII zu melden.

Im Auftrage

Leipert

Der Bescheid ist maschinell erstellt und deshalb nicht unterschrieben.

Nachrichtlich:

Landkreis Verden  
Fachdienst Jugend und Familie  
Lindhooper Str. 67  
27283 Verden

Durchschrift der aktualisierten Betriebserlaubnis für die Heinrichs und Paul GbR übersende ich zur Kenntnis

Im Auftrage

Leipert

Zwischen

der „A-pro-part Heinrichs & Paul GbR“, Dieker Str. 15, 28870 Ottersberg,

und

dem Landkreis Verden, vertreten durch den Landrat, Lindhooper Str. 67, 27283 Verden (Aller),

wird nach §§ 78a ff. SGB VIII für die o. g. Einrichtung über die Erbringung von Leistungen nach § 27 SGB VIII i. V. m. § 34 SGB VIII, § 41 SGB VIII i.V.m. § 34 SGB VIII, § 35a SGB VIII und § 41 i.V.m. § 35a SGB VIII nachstehende

### **Vereinbarung Wohngruppe**

geschlossen:

1. Der Einrichtungsträger verpflichtet sich, entsprechend des Leistungsangebotes (Leistungsangebot vom 08.06.20) die Leistungen im angegebenen Umfang und der jeweiligen Qualität zu erbringen und die festgelegten betriebsnotwendigen Anlagen vorzuhalten.
2. Der örtliche Träger der Jugendhilfe bestätigt, dass die in dem als Anlage beigefügten Entgeltblatt dargestellten Kosten i.H.v. **5.863,76 €** pro Betreuungsmonat (Tagessatz 192,76 €) für die o.g. Einrichtung sich nachvollziehbar aus den zu erbringenden Leistungen ergeben.

Der im Betreuungsentgelt enthaltene Beköstigungssatz beträgt 7,45 € je Tag.

Der Hauptbeleger ist gem. § 2 I RV gehört worden.

In der Erziehungspauschale sind folgende Sonderaufwendungen im Einzelfall nicht enthalten:

- Taschengeld
- Erstausrüstung Bekleidung
- Starthilfen
- Fahrtkosten für Familienheimfahrten, die über den in Anlage 8 des Rahmenvertrags definierten Bereich hinausgehen
- Kosten in Kindertagesstätten

Die Höhe des Taschengeldes richtet sich nach dem jeweils gültigen Runderlaß des Nds. Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit zur Festsetzung der monatlichen Barbeträge (Taschengeld).

Im Übrigen werden die Kosten im Rahmen von Einzelfallentscheidungen übernommen.

3. Der Einrichtungsträger berücksichtigt Aspekte der Qualitätsentwicklung entsprechend der Anlage 4 des Rahmenvertrages i. V. m. der Leistungsbeschreibung und dokumentiert diese nachvollziehbar. In diesem Zusammenhang ist eine jährliche Personalmeldung an den Landkreis Verden erforderlich.

4. Die Vereinbarung gilt für den Wirtschaftszeitraum

**01.08.2020 - 31.07.2021.**

Nach Ablauf des vereinbarten Wirtschaftszeitraumes gelten die vereinbarten oder festgesetzten Leistungen und Entgelte bis zur Vereinbarung oder Festsetzung neuer Leistungen und Entgelte weiter. Anträge auf Vereinbarung von Leistungen und Entgelten bewirken frühestens 6 Wochen nach Antragstellung und Vorlage vollständiger Unterlagen eine Neuvereinbarung.

5. Das Sozialgesetzbuch Teil VIII (SGB VIII) ist zum 02.10.2005 in der Fassung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) neu in Kraft getreten. Das SGB VIII beinhaltet nun den sogenannten Schutzauftrag (§ 8a und § 72a), den es zu erfüllen gilt. Der Einrichtungsträger schließt sich den für den Landkreis Verden entwickelten Standards an und erklärt diese für anwendbar.

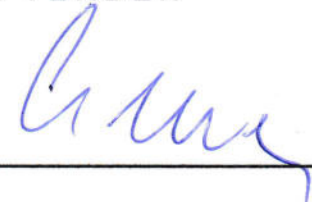
Verden (Aller), 29.07.2020

Verden (Aller), 29.07.2020

A-pro-part  
Heinrichs & Paul GbR

LANDKREIS VERDEN  
Der Landrat  
Im Auftrage:

  
\_\_\_\_\_  
Heinrichs

  
\_\_\_\_\_  
Genée

A-pro-part  
Heinrichs & Paul GbR

  
\_\_\_\_\_  
Paul

Wirtschaftszeitraum 01.08.20 – 31.07.21

Name der Einrichtung: A pro part Kinder- und Jugendhilfe Ottersberg  
 Heinrichs & Paul GbR  
 Dieker Str. 15  
 28870 Ottersberg

Leistungsangebot:  
 Anzahl der Plätze: 9 Plätze  
 Auslastung: 96 %

Kosten im Wirtschaftszeitraum	Jahreskosten im Wirtschaftszeitraum	Kosten pro Monat und Platz bei 100 % Auslastung
<b>I. Kosten der Erziehung</b>		
1.1 Personalkosten	468.005,51 €	4.333,38 €
1.2 Sachkosten (einschließlich Unterkunft und Verpflegung) nachrichtlich: Lebensmittelkosten	82.800,00 € 23.500,00 €	766,66 € 217,59 €
1.3 Kosten für besondere Leistungsbereiche (als Bestandteil dieses Leistungsangebots)	-	
1.4 vereinbarte Pauschale für Sonderaufwendungen im Einzelfall	12.600,- €	116,67 €
<b>Summe Kosten der Erziehung</b>	<b>563.405,51 €</b>	<b>5.216,71 €</b>
2. Investitionsfolgekosten nachrichtlich: Instandhaltungskosten	44.500,00 € 4.500,00 €	412,03 € 41,66 €
<b>3. Netto-Gesamtkosten</b>	<b>607.905,51 €</b>	<b>5.628,75 €</b>

**II. Berechnung des monatlichen Betreuungsentgeltes unter Berücksichtigung der Auslastung**

Gesamtkosten pro Platz und Monat

Monatliches Entgelt je Platz bei einer Auslastung von 96 %	5.863,76 €
nachrichtlich	192,76 € täglich
davon Beköstigungssatz	7,45 € täglich netto